14 / 2013 www.SBL2013.de 03.05.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
mit dem Landesparteitag am vergangenen Samstag haben wir den Startschuss für den Bundestagswahlkampf 2013 gegeben. Der Platz 3 für unseren Wahlkreis auf der SPD-Landesliste Rheinland-Pfalz beruhigt- aber er stellt uns nicht zufrieden! Wir wollen den Wahlkreis direkt gewinnen. Wir spielen nicht auf Platz. Wir spielen auf Sieg.
Deshalb haben wir in dieser Woche auch unseren Wahlkampagne in Neuwied präsentiert und werden dies am kommenden Dienstag in Hamm wiederholen. Ihr seid herzlich eingeladen! Außerdem habe ich am Donnerstag mit den ersten Hausbesuchen begonnen. Wir haben uns 5000 Hausbesuche vorgenommen- sehr viele, aber ich bin überzeugt, dass es sich lohnt.
Wer kräftig arbeitet, darf aber auch kräftig feiern und deshalb lade ich euch ganz ganz herzlich zu unserem Maifest nach Hamm/Sieg ein. In meinem dortigen Büro werden wir am Samstag von 11.30-13.00 Uhr den Mai willkommen heißen und bei Maibowle an 150 Jahre SPD-Geschichte mit einer Lesung erinnern. Schön, wenn wir uns dort sehen!
Herzlichst, *eure Sabine*

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Steuerpläne der SPD belasten nicht Mittelstand

Es ist völlig richtig, wenn sich Wirtschaftsforschungsinstitute und andere mit den Steuerplänen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschäftigen. Aber das sollte dann doch bitte vorurteilsfrei geschehen und um Objektivität und sachliche Richtigkeit bemüht. Manche Berechnungen aus den vergangenen Monaten haben leider mit falschen Annahmen und Unterstellungen gearbeitet. Sie dienten offensichtlich – und wurden auch so genutzt – dem Zweck, die Steuerpläne von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu verhetzen.
Aber es kommen jetzt auch andere Untersuchungen auf den Tisch, die dieser Verhetzung etwas entgegensetzen.
So arbeitet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) auf der Basis der tatsächlichen Pläne von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (in seinem neuesten Report) jetzt klar heraus, dass die angestrebten Erhöhungen des Einkommensteuertarifs
die Mittelschicht allenfalls am sehr oberen Rand betreffen und Facharbeiter schon gar nicht belasten;
immer noch weit unter dem Kohl-Waigel-Einkommensteuertarif bleiben, den die Regierung Schröder/Fischer 1998 vorgefunden hat – selbst, wenn dieser Tarif inflationsbereinigt wird.
Auch die SPD-Pläne für ein sogenanntes „Neues Kindergeld“ werden nur für einen überschaubaren Teil der Familien (und ganz wenige Alleinerziehende) zu einer Mehrbelastung gegenüber dem Status Quo führen. Es handelt sich dabei aber ausschließlich um sehr gut situierte Familien bzw. Alleinerziehende, die wir im Laufe der nächsten Monate davon überzeugen wollen, dass mit dem „Neuen Kindergeld“ ein gerechter Ausgleich zwischen ärmeren und besser gestellten Familien geschaffen wird.
Die SPD-Pläne zur Veränderung des Ehegatten-Splittings betreffen bestehende Ehen definitiv nicht. Sie werden so ausgestaltet werden, dass niemand überfordert wird.
Dass bestimmte Forschungsinstitute oder auch Unternehmensberatungen zu den SPD-Vermögenssteuer-Plänen Berechnungen vorgelegt haben, obwohl die Arbeiten auf unserer Seite am konkreten Besteuerungsmodell noch gar nicht abgeschlossen sind, erklärt sich sicherlich aus der Nähe zu liberal-konservativen Kreisen. Wissenschaftlichen Ansprüchen genügt das nicht.

Finanzen

Steuerhinterziehung: Westerwelle missbraucht Amt

Die Einlassungen von Herrn Westerwelle zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen seit seinem gestrigen Gespräch mit dem schweizerischen Außenminister sind an Verlogenheit nicht zu überbieten. Keine seiner Aussagen über das von seinem Kollegen Schäuble verhandelte Steuerabkommen stimmt.
Die SPD ist stolz darauf, das Inkrafttreten dieses Steuerabkommen verhindert zu haben. Natürlich war und ist die SPD dazu bereit, auch mit der Schweiz über bessere und gerechtere Regelungen zu verhandeln. Es gibt hier keine Wende in unserer Positionierung.
Wahrheitswidrig behauptet Westerwelle zum Beispiel nach wie vor, dass das von Schäuble vorgelegte Abkommen

- Steuerhinterziehung zukünftig verhindert hätte,
- alle Steuerhinterzieher der Vergangenheit zur Kasse gebeten hätte,
- keine Umgehungsmöglichkeiten und Schlupflöcher biete,
- einen zweistelligen Betrag an Steuermehreinnahmen für den deutschen Fiskus erbracht hätte.

Westerwelle, dessen starke Nähe zu Schweizer Bankkreisen bekannt ist, hat seine Position zum Thema „Steuerhinterziehung“ in den letzten Wochen lediglich verbal geändert. In Wahrheit betreibt er nach wie vor den Schutz der Steuerhinterzieher und ihrer Helfer vor allem in der Schweiz. Mit seinen Verlogenheiten missbraucht Westerwelle sein Amt als deutscher Außenminister.

Vereinte Nationen

Schwarz-Gelb verweigert UN Konvention für Ältere

Nach den wichtigen Erfolgen durch die UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention beraten die Vereinten Nationen eine UN-Konvention für ältere Menschen. Sie würde älteren Menschen helfen, ihre Menschenrechte wirksamer zu wahren. Doch dem verweigert sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition. CDU/CSU und FDP halten eine UN-Konvention für ältere Menschen – eine der vulnerabelsten Gruppen überhaupt – für „nicht notwendig". Diese Begründung ist ein Regierungsfraktionen. Mit dieser Logik könnte man die Strukturen und Instrumente der UN in Gänze infrage stellen.

Das Gegenteil ist der Fall. Vor allem durch UN-Konventionen konnte die menschenrechtspolitische Situation von besonders vulnerablen Gruppen wie Kindern oder Behinderten verbessert und zumindest der öffentliche Fokus auf Verletzungen ihrer Menschenrechte gelenkt werden. Dieses Instrument wollen wir auch für die Gruppe der älteren Menschen nutzen. Die Anzahl von Menschen über 60 Jahren wird von derzeit 810 Millionen auf zwei Milliarden in 2050 steigen. Die Vulnerabilität von Menschen verstärkt sich – sowohl in Deutschland als auch weltweit – mit steigendem Alter insbesondere durch die Abhängigkeit von Drittpersonen. Viele Ältere können sprachlich oder körperlich nur noch beschränkt kommunizieren. Ruhigstellung durch Medikamente, Zwangsernährung über eine Magensonde oder Fixierungen gegen den Willen von Personen sind schlimme Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht von Menschen, die sich nicht nur irgendwo auf der Welt, sondern auch in Deutschland immer wieder ereignen. In Entwicklungsländern sind ältere Menschen, vor allem Frauen, von fehlender sozialer Sicherung im erheblichen Maße betroffen.

Diskriminierungen wegen Alters sind Hauptbeschwerdefelder der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Doch eine der ersten Handlungen von Schwarz-Gelb bei Amtsantritt 2009 war, der ADS die Mittel zu kürzen. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, diese Kürzungen endlich zurückzunehmen und Maßnahmen einzuleiten, um die Menschenrechte in Deutschland im Bereich der Pflege besser zu gewährleisten. Obwohl die UN 2012 feststellte, dass das Menschenrechtssystem lückenhaft ist, und anregte, die Rechte zum Schutz Älterer neu zu regeln, bleibt die Merkel-Regierung tatenlos. Sie überlässt dieses Thema allein der Zivilgesellschaft. Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, endlich die UN Working Group on Ageing in der Erarbeitung einer UN-Konvention für ältere Menschen sowie für die Bestellung eines entsprechenden UN-Sonderberichterstatters zu unterstützen.

menschenrechtspolitischer Offenbarungseid der schwarz-gelben

Auswärtiges

Eskalation in Syrien

Zur Lage in Syrien und zu der Frage, was Außenminister Westerwelle unternimmt, um dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Kein Tag vergeht ohne neue Schreckensmeldungen aus Syrien. Immer wieder mahnt Außenminister Westerwelle zurecht zur Zurückhaltung, wenn es um die Frage einer militärischen Intervention oder um Waffenlieferungen an die syrischen Rebellen geht. Seiner Forderung nach einer „politischen Lösung, einem demokratischen Neuanfang sowie dem Ende der Gewalt von Staatschef Baschar al-Assad gegen sein eigenes Volk", kann man nur zustimmen. Doch solche Forderungen greifen ins Leere, wenn ihnen keine Taten folgen. Als Außenminister hätte er nicht nur die Möglichkeit dazu, sondern die Pflicht, alles für eine solche politische Lösung zu unternehmen.Wo bleibt die politische Initiative des Ministers, der zwar ständig vor einem „Flächenbrand in der Region" warnt, es aber an konkreten Aktivitäten, diesen zu verhindern, bislang weitgehend hat fehlen lassen?

Was ist mit den „Gestaltungsmächten", mit denen Deutschland zur Lösung globaler Probleme verstärkt zusammen arbeiten möchte, wie die Bundesregierung bei der Vorstellung ihres „Gestaltungsmächtekonzepts" im vergangenen Jahr stolz betonte? Dazu zählen Länder wie Saudi-Arabien oder Katar, die in diesem Konzept Erwähnung finden und zugleich eine Schlüsselrolle im syrischen Bürgerkrieg spielen. Was unternimmt der Außenminister, um die Waffenlieferungen aus diesen Ländern an islamistische Rebellengruppen, wie al-Nusra zu unterbinden und stattdessen einen politischen Dialog zu befördern? Westerwelle hat Recht, wenn er mahnt, dass mehr Waffen nicht zu weniger Blutvergießen führen. Doch was folgt daraus?Wie so oft bleibt Westerwelle ein Verlautbarungsminister. Gerade nach den Meldungen über einen angeblichen Chemiewaffeneinsatz und der damit verbundenen Gefahr einer weiteren Eskalation, wäre es angebracht, noch einmal eine diplomatische Initiative zu unternehmen, die Weichen endlich in Richtung einer politischen Lösung zu stellen.

Doch eine solche Initiative bleibt bislang aus, und Westerwelle ist schon längst wieder auf einem anderen Schauplatz unterwegs, ohne große Spuren zu hinterlassen.

Bonbon

„Man wird der SPD vieles vorwerfen können, aber nicht, dass in ihr Friedhofsruhe herrscht."

(Wolfgang Thierse)

In eigener Sache

Merkt euch schon mal zwei Termine vor:

Am **Samstag,** dem **5. Mai 2013** findet von **11.30 Uhr-13 Uhr das Maifest im SPD-Bürgerbüro Hamm, Scheidter Straße** bei Musik, Maibowle und einer sozialdemokratischen Lesung statt.

Am **Dienstag,** dem **7. Mai 2013, um 19 Uhr Kulturhaus Hamm/Sieg** stellen wir unsere Kampagne zur Bundestagswahl bei Musik und einem Imbiss vor.

Meldet euch bitte zur besseren Planung in meinen Wahlkreisbüros an.

Termine

04.05.13	**11.00 Uhr**	**SPD Mitgliederversammlung Hamm**
	11.30 Uhr	**Maifest Bürgerbüro Hamm**
	13.30 Uhr	**40 Jahre Jugendfeuerwehr, Steinebach**
	18.30 Uhr	**Ortspokalschießen, Katzwinkel**
05.05.13	**10.30 Uhr**	**Tag der älteren Generation, Alte Glaserei, Neuwied**
	12.00 Uhr	**Marathon Windhagen, Forum**
	14.00 Uhr	**Brunnenfest Niederfischbach**
	17.00 Uhr	**Benefizkonzert, Kleinmaischeid**
06.05.13	**12.30 Uhr**	**Betriebsbesuch Christoph Schneider**
	14.00 Uhr	**Neue Kompetenz Altenkirchen**
	15.00 Uhr	**Kreistag Altenkirchen**
	16.00 Uhr	**Weltladen Betzdorf**
	18.30 Uhr	**Roger Lewentz, Daaden**
07.05.13	**11.00 Uhr**	**Gespräch Wäller Energie**
	12.30 Uhr	**TSG Daaden/Biersdorf**
	15.00 Uhr	**Infoaustausch BLE Präsident**
	19.00 Uhr	**Kampagnenpräsentation Hamm**